

Die Haltung der EVP in der Flüchtlingsfrage

Die Fragen zur Flüchtlingsproblematik und der Umgang damit beschäftigen die EVP auf allen Ebenen.

Aus der Betroffenheit und auch als Antwort auf diffuse Ängste hat die EVP Thurgau im Oktober eine Resolution zur Flüchtlingsfrage verfasst.

Im Januar hat sich die EVP Schweiz bei Fachpersonen vom Bund, Fachleuten aus christlichen Hilfswerken informiert. Information und das Wissen, was getan wird und was man tun kann, hilft Ängsten zu begegnen.

Persönlich empfinde ich es auch als echte Belastung mit den täglichen Nachrichten fertig zu werden. Die Intensität der Dramatik wechselt vom Kriegsschauplatz über die Dramatik der Flucht zum Drama der europäischen Antwort. Das Eingeständnis, dass alle überfordert sind, mag uns etwas barmherziger machen.

Dankbar bin ich, dass so viele EVP Mitglieder freiwillig mithelfen die Aufgabe der Integration anzupacken und Deutsch unterrichten oder Menschen begleiten

.

Die Resolution und weiterführende Gedanken stelle ich Ihnen im Folgenden vor.

1. Beschleunigte Verfahren und unentgeltliche Rechtsberatung.

Die Beschleunigung der Asylverfahren dient Allen. Sie verkürzt verhindert aufwändige Integrationsbemühungen für Menschen, die schliesslich doch ausgewiesen werden, und schützt vor Missbrauch unseres Asylwesens. Wir erwarten, dass die beschleunigten Verfahren in den Bundeszentren durchgeführt werden, bevor die Asylsuchenden auf die Gemeinden verteilt werden.

Die unentgeltliche Rechtsberatung muss bestehen bleiben, damit die Beschleunigung nicht zur Willkür führt. Zudem verhindert die Rechtsberatung aussichtslose Rekurse und spart damit Kosten.

2. Die Aufgabe gemeinsam angehen, die hilfsbereite Bevölkerung einbeziehen

Viele Menschen zeigen sich betroffen von der Not und haben sowieso Überfluss. Diesen sind sie bereit zu teilen. Daraus entstehen gute, die Integration fördernde Begegnungen. Der Staat ist gut beraten diese Angebote anzunehmen, zu fördern und nicht administrativ zu verzögern. Der Staat allein schafft es nicht, unsere Kultur hier zu erklären und die Regeln transparent zu machen. Kirchlich engagierte Menschen engagieren sich an vorderster Front.

In Frauenfeld haben die Evang. Kirchgemeinde und verschiedene Freikirchen eine Koordinationsstelle für private Hilfsangebote geschaffen. In solchen Projekten sieht die EVP grosse Hoffnung. Die grosse Hilfswelle ist inzwischen abgeflacht, die Hilfsorganisationen und die Gemeinden haben Kapazität Angebote anzunehmen. Die politische Gemeinde Egnach zieht z.T. mit Freiwilligen ein breit gefächertes Angebot auf. Deutschunterricht, Arbeitsnachmittage, Kochkurse uä.

3. Freiwillige, unentgeltliche Arbeit zu Gunsten der öffentlichen Hand oder zugunsten von Nonprofitorganisationen. Praktikumsplätze in der Arbeitswelt

Freiwillige unentgeltliche Arbeit muss für alle Flüchtlinge erlaubt und möglich sein, denn sie fördert die Akzeptanz in der Bevölkerung und die Integration. In der Integration von Menschen mit Einschränkungen haben wir als Gesellschaft Fortschritte gemacht, lernen immer weiter dazu und finden weitere Arbeitsnischen. Die kantonale Politik beginnt nun die Möglichkeiten für Asylanten zu erfragen und auszuloten. (Interpellation Toni Kappeler, 27. Januar 2016)

Diese Überzeugungen leiten uns in unserem politischen Einsatz hier in der Schweiz. Machen wir uns keine Illusionen, das Flüchtlingsproblem wird uns noch eine Weile beschäftigen. Weitere Konfliktzonen können jederzeit eskalieren und ebenfalls Flüchtlingsströme auslösen. Deshalb ist es wichtig über die Landesgrenzen hinaus zu denken.

4. Frieden, die Schweiz als Vermittlernation

Allen politischen Akteuren ist klar, dass es zurzeit eine Häufung von Konflikten gibt. Die Flüchtlingswelle ist der Ausdruck davon. Der Syrienkrieg ist bereits 5 Jahre alt. Solange die Menschen gefährdet sind und keine Hoffnung und Zukunft sehen, werden sie flüchten. Dies ist der sogenannte Push-Faktor. Der Einsatz für Frieden mit allen Beteiligten auf allen Ebenen ist daher enorm wichtig: Die EVP begrüsst jeden Ansatz von Friedensgespräch in Genf. Nehmen wir als Land unsere Chance auf Vermittlung intensiv wahr! Dazu dienen könnte auch die Wiedereröffnung der Schweizer Botschaft in Damaskus. Friedenszonen im Land selbst wären ein kleiner Anfang und ein Hoffnungszeichen. Dann können vorläufig Aufgenommene mit Rückkehrhilfe wieder zu Hause neu anfangen.

Als Mitglieder von Kirchen bitte ich euch für den Frieden zu beten und als Kirchen Zeichen für den Frieden zu setzen.

5. 0,7% des BIP für die Hilfe vor Ort

Verstärkte Entwicklungszusammenarbeit, wie sie die EVP schon seit Jahren fordert, ist langfristige Migrationsprävention. Aktuell leistet die Schweiz 0,5% des BIP an Entwicklungszusammenarbeit. Im Budget 2016 wurde der Betrag gekürzt. Das ist kontraproduktiv. Wir fordern mehr Geld und eine vermehrte Zusammenarbeit der Schweiz mit zertifizierten, insbesondere auch christlichen Hilfswerken vor Ort.

Hilfe vor Ort ist günstiger und wir können sie nachhaltig gestalten z.B. in Bildung. Die Schulen in Syrien unterstützen. Wenn der Krieg vorbei sein wird, müssen die Einheimischen beim Wiederaufbau helfen können. Es darf nicht eine ganze Generation ohne Bildung aufwachsen.

6. Konzernverantwortungsinitiative

Die EVP Thurgau unterstützt diese Initiative der NGOs, weil wir überzeugt sind, dass sich die Beachtung der Menschenrechte auch in Entwicklungsländern langfristig auszahlt. Auch Konzerne mit Sitz in der Schweiz stehen in der Pflicht ihre Geschäftspraktiken nach diesen Regeln auszurichten. Das Problem ist erkannt, für die verbindliche Umsetzung braucht es aber noch mehr zivilgesellschaftlichen Druck. Deshalb sammeln die EVP Thurgau Unterschriften für diese Initiative.

Weitere konkrete Gesprächspunkte, die jetzt nicht angesprochen wurden sind

- Gibt es eine Obergrenze für Flüchtlinge in unserm Land? Wann ist das Boot voll? Wann müssen wir die Grenzen dicht machen?
- Islam und seine Folgen? Die Angst vor dem Islam.
- Die Schweizer Kriegswaffenexporte